



Niederschrift

über die Sitzung

des Haupt- und Personalausschusses
(Ferienparlament)

am 27.08.2014

Anwesend

Vorsitz

Michael Ebling

Verwaltung

Christopher Sitte
Kurt Merkator
Marianne Grosse

Mitglieder

Dr. Gerd Eckhardt
Sabine Flegel
Klaus Hafner
Ruth Jaensch - Vertretung für Dr. Brian Huck -
Martin Kinzelbach
Amin Kondakji - Vertretung für Marc-Antonin Bleicher -
Walter Koppius
Martina Kracht
Antje Kuessner - Vertretung für Daniel Köbler, MdL -
Sylvia Köbler-Gross
Dr. Eckart Lensch
Dr. Claudius Moseler
Dr. Christine Pohl
Jasper Proske
Wolfgang Reichel, MdL
Norbert Solbach - Vertretung für Hannsgeorg Schöning -
Dr. Peter Tress - Vertretung für Ursula Groden-Kranich, MdB -
Christian Viering

Schriftführung

Detlef Blessing

Entschuldigt fehlen

Marc-Antonin Bleicher
Ursula Groden-Kranich, MdB
Dr. Brian Huck
Daniel Köbler, MdL
Hannsgeorg Schöning

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

9. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz
1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 6
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.07.2014

b) öffentlich

5. Bewerberaufruf Weihnachtsmarkt
3. Erhalt der Kastanienallee auf der Maarau (DIE LINKE.)
 - 3.1. Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag "Erhalt der Kastanienallee auf der Maarau" (1054/2014) der Stadtratsfraktion DIE LINKE (SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP)
4. Wahl zum Beirat für Migration und Integration
6. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO

c) nicht öffentlich

8. Vergabeangelegenheiten
7. Personalangelegenheiten
10. Mitteilungen
- 7.1. Personalangelegenheit

Der Vorsitzende eröffnet um 16:30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Hinsichtlich der Tagesordnung beschließt man mit der erforderlichen Mehrheit folgende Änderungen:

- Punkt 9 wird zu Beginn des nichtöffentlichen Teils (Buchstabe a) behandelt.

- Punkt 5 wird zu Beginn des öffentlichen Teils behandelt.
- Die Personalangelegenheit unter Punkt 7.1 wird an das Ende des nichtöffentlichen Teils (Buchstabe c) gesetzt.
- Der Änderungsantrag Nr. 1054/2014/1 von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP wird unter Punkt 3.1 behandelt.
- Es wurde eine weitere Tischvorlage (Vergabeangelegenheit) verteilt, die unter Punkt 8.13 behandelt wird.

Er kündigt an, am Ende des öffentlichen Teiles auf Bitte der SPD-Fraktion eine Erklärung zum Thema „Schließung eines Sachgebietes im Bürgeramt“ abzugeben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende Frau Martina Kracht zu ihrem heutigen Geburtstag.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 5 Bewerberaufruf Weihnachtsmarkt Vorlage: 1055/2014

Zunächst erläutert der Ordnungsdezernent, Herr Beigeordneter Sitte, ausführlich die schriftliche Vorlage, die den Mitgliedern bereits zugestellt wurde. Er weist insbesondere darauf hin, dass durch den Beschluss des Verwaltungsgerichtes eine gewisse Dringlichkeit, was die Neuaufnahme des Vergabeverfahrens angehe, entstanden sei. Mit der Vorlage, die ausschließlich Gültigkeit für das Jahr 2014 besitze, wolle man sicherstellen, dass auch in diesem Jahr – wie gewohnt – der Weihnachtsmarkt stattfinden könne.

Sodann entsteht eine ausführliche Aussprache, in deren Verlauf die Fragen der Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses durch die Verwaltung beantwortet werden. Folgende Kritikpunkte werden aus den Reihen der CDU sowie von Herrn Dr. Moseler (ÖDP) vorgetragen:

- Der Aspekt „Attraktivität“ sei nicht ausreichend erläutert. Lediglich fünf Personen hätten zu entscheiden, was die Mainzer Bevölkerung als attraktiv ansehe.
- Die Standgrößen seien willkürlich gewählt. Es sei klar, dass viele Standbetreiber, die bisher jedes Jahr auf dem Weihnachtsmarkt vertreten waren, diese Größen zum Teil erheblich überschreiten würden.
- Die Maße der bisherigen Karussells lägen zum Teil wesentlich höher als die jetzt definierten Maximalgrößen.

- Eine Notvergabe sei gegenüber dem neuen Verfahren zu bevorzugen.
- Die Zeit zur Abgabe der Angebote sei für die Betreiber zu kurz, um ein korrektes Angebot abgeben zu können.
- Mangelnde Rechtssicherheit bei dem jetzt vorgestellten Verfahren.

Am Ende der Aussprache wird der Antrag gestellt, den Buchstaben a) der Beschlussvorlage getrennt abzustimmen. Über die Buchstaben b), c) und d) könne gemeinsam abgestimmt werden.

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt sodann einstimmig – bei einer Enthaltung –:

a) Das bisherige Vergabeverfahren für die Weihnachtsmärkte 2014 bis 2016 wird abgebrochen.

Mit Mehrheit (11 : 7 : 1 Stimmen) fasst der Haupt- und Personalausschuss zu den Buchstaben b) bis d) folgende Beschlüsse:

b) Für den Weihnachtsmarkt 2014 wird die Durchführung des beschriebenen neuen Vergabeverfahrens beschlossen.

c) Die Verwaltung wird ermächtigt, zu den Bewertungen bis zu zwei unabhängige Berater hinzuzuziehen.

d) Die Vergabeentscheidung wird auf die Verwaltung übertragen. Vor der Bekanntgabe der Entscheidung an die Bewerber ist dem Stadtrat das Ergebnis zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.08.2014.

Punkt 3 **Erhalt der Kastanienallee auf der Maarau (DIE LINKE.)**
Vorlage: 1054/2014

Punkt 3.1 **Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag "Erhalt der Kastanienallee auf der Maarau" (1054/2014) der Stadtratsfraktion DIE LINKE (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 1054/2014/1

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird von Herrn Proske, der Änderungsantrag von Herrn Koppius (FDP), Herrn Dr. Lensch (SPD) und Frau Köbler-Gross (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begründet. Es wird festgestellt, dass es bisher nicht üblich war, im Ferienparlament Anträge zu stellen, was auch für die Zukunft weiterhin Bestand haben sollte. Im Übrigen wolle man an dem bereits beschlossenen Verfahren – Behandlung im Städteausschuss Mainz-Wiesbaden – weiter festhalten, so dass der Antrag der LINKE abgelehnt werde. Auch Herr Solbach für die CDU erklärt, dass dem Änderungsantrag zugestimmt werde.

Einstimmig – bei einer Enthaltung – beschließt sodann der Haupt- und Personalausschuss den Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE kommt nicht mehr zur Abstimmung.

Punkt 4 **Wahl zum Beirat für Migration und Integration;**
hier: Planungen zur Umsetzung und Ablauf der Wahl
- Berichterstattung der Verwaltung -

Herr Mehlkopf, Leiter des Büros für Migration und Integration, erläutert an Hand einer Power-Point-Präsentation das vorgesehene Wahlverfahren für den Beirat für Migration und Integration am 23. November 2014. Die Kosten werden auf ca. 118.000 € geschätzt.

Der Haupt- und Personalausschuss nimmt Kenntnis.

Punkt 6 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
hier: Eigenwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 0882/2014

Einstimmig und ohne Aussprache beschließt der Haupt- und Personalausschuss:

Die vorgelegte Liste für 2014 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Spenden-/ Sponsoringanträge 0047/2014, 0052/2014, 0053/2014, 0056/2014, 0061/2014, 0062/2014, 0066/2014, 0067/2014 und 0068/2014 aus 2014 wird zugestimmt.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.08.2014.

Am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung informiert der Vorsitzende die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses – wie zu Beginn der Sitzung angekündigt – über den Sachverhalt hinsichtlich der angekündigten Schließung eines Sachgebietes im Bürgeramt. Durch eine zusätzliche Kraft sowie eine schnellere Genesung einer Mitarbeiterin sei die Schließung des Sachgebietes verhindert worden. Er bittet jedoch um Verständnis, wenn es durch die krankheits- bzw. mutterschaftsbedingte Reduzierung des Personalbestandes zu Verzögerungen bei der Abwicklung komme.

Der Haupt- und Personalausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

**gez. Michael Ebling
Vorsitz**

**gez. Detlef Blessing
Schriftführung**